Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kuben & Comp., Nr. 1266.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Trägerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3 gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Druckerbeilegung [illegible]

Nr. 4 | Dresden, Donnerstag den 6. Januar 1921 | 32. Jahrg.

Sturmszene im Landtag

In der heutigen Sitzung des Landtages, die nachmittags gegen 1 Uhr begann, kam es zu wüsten und unbeschreiblichen Lärmszenen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung stellte der Abg. Kommunist Siewert den Antrag, die Erwerbslosenfürsorge auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Er machte dann der Mehrheitssozialdemokratie und den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie dem Antrag der Kommunisten trotz erfolgter schriftlicher Aufforderung nicht stattgegeben hätten und folgerte daraus, daß die beiden genannten Fraktionen nicht gewillt wären, für die Erwerbslosen einzutreten. (Stürmischer Widerspruch bei den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten.)

Abg. **Müller**, Leipzig, ruft: Unverschämtheit! Der Präsident schlägt fortgesetzt mit dem Hammer auf den Tisch. Es herrscht ein ungeheurer Lärm im ganzen Hause, so daß die Ausführungen des Redners teilweise vollständig verlorengehen, und auf den Tribünen wird Beifall geklatscht.

Präsident **Fräßdorf** erklärte, daß er dem Antrag der Kommunisten nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung gar nicht entsprechen könne. Uebrigens hätte der Kammervorstand beschlossen, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Dienstagsitzung zu setzen, und zwar in Verbindung mit einem bereits älteren Antrag der Mehrheitssozialdemokraten, der sich ebenfalls mit der Erwerbslosenfürsorge befaßt. Die Kommunisten wüßten übrigens doch, daß die sächsische Regierung gar nicht in der Lage sei, ihrem Antrag zu entsprechen, da die Sache über das Reich gehe. Die Kommunisten würden also schneller zum Ziele gekommen sein, wenn sie sich an das Reich gewandt hätten.

Abg. **Fellisch** (Soz.) stellt fest, daß der Brief der Kommunisten erst heute vormittag in seine Hände gelangt sei, und eine Fraktionssitzung darüber überhaupt noch gar nicht stattfinden konnte. Deshalb läge durchaus keine Veranlassung vor, der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf eines illoyalen Verhaltens gegenüber den Erwerbslosen und eines absichtlichen Uebergehens der Wünsche zu machen. Er stellt auch gegenüber den Kommunisten fest, daß die Behauptung der Kommunisten, einer Erwerbslosendeputation wäre der Zutritt zum Landtagsgebäude verweigert worden, nicht richtig ist. Die Erwerbslosendeputation sei bereits im Hause.

Der Minister des Innern **Lipinski** verteidigt die Anordnung der polizeilichen Absperrung des Landtagsgebäudes, was der Unabhängige **Müller**, Leipzig, sagt den Kommunisten, der Hauptzweck ihres heutigen Vorgehens wäre doch nicht, den Erwerbslosen zu helfen, sondern für engherzige Parteiinteressen die Situation auszunutzen und die Erwerbslosen vor ihren Karren zu spannen. Die weitere Sitzung wird von Tumult- und Lärmszenen unterbrochen und der Kommunist Renner fordert auf, die im Hause aufgestellten Gewehrpyramiden zu entfernen. Er stellt den Antrag, die Erwerbslosendeputation anzuhören und die Polizeikette vor dem Landtagsgebäude zu beseitigen, im andern Falle sie an den Beratungen nicht mehr teilnehmen würden. Als die Anträge abgelehnt werden, erhebt sich im Hause und auf den Tribünen ein ungeheurer Lärm. Die Kommunisten verlassen den Saal, während die Tribünenbesucher sich weigern, entsprechend der Aufforderung des Präsidenten den Saal zu verlassen. Infolgedessen muß die Sitzung unterbrochen werden.

* * *

Die Demonstrationen der Erwerbslosen

Die Erwerbslosen von Dresden und Umgebung veranstalteten heute drei große Versammlungen mit anschließender Demonstration.

Trotzdem der Erwerbslosenrat ausdrücklich bekanntgemacht hatte, daß die Demonstrationen nur von den Erwerbslosen auszuführen seien und Arbeitende in den Betrieben bleiben sollten, versuchte die K. U. P. D. [illegible], auf denen die Arbeitenden [illegible] wurden, ihre Arbeitsstelle zu verlassen und sich an der Demonstration zu beteiligen. Die K. A. P. D. hat diese Handzettel [illegible] mit „Erwerbslosenrat" unterzeichnet. In einer Zuschrift an die Unabhängige Volkszeitung bezeichnet das der Dresdner Erwerbslosenrat als einen offensichtlichen Mißbrauch seines Namens, der eine Irreführung der Arbeiter bezwecken solle.

Die Erwerbslosen des Plauenschen Grundes kamen heute vormittag durch die [illegible] Straße über die Falkenbrücke nach dem [illegible] einige [illegible], die Schilder und Fahnen mit sich führten. Der Anmarsch verlief völlig ruhig. Auch die Versammlungen, die im [illegible], im [illegible] und in den Annensälen der früheren [illegible] stattfanden, verliefen [illegible] ruhig. [illegible] (Ref. [illegible], Leipzig). Nach der [illegible] der Veranstalter der Erwerbslosen [illegible] der Versammlung, [illegible] völlig ruhig zu verhalten und sich durch eventuelle Provokationen nicht irre machen zu lassen. Die Versammlungen gingen kurz nach 12 Uhr zu Ende. Die Teilnehmer formierten sich zu geschlossenen Zügen, die von zahlreichen Ordnern mit weißen Armbinden geführt wurden. Die Teilnehmer der Versammlung im Volkshause zogen etwa 12¾ Uhr in vollständiger Ordnung an der Dresdner Volkszeitung vorüber und zogen, da die Wettinerstraße durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt war, am Wettinerplatz in die Stiftsstraße ein.

*

Erwerbslosenkundgebungen in Hamburg. Die Erwerbslosenfraktion der Kommunisten hatte die Erwerbslosen und die Arbeiterschaft zu vier Demonstrationsversammlungen einberufen, in denen über das Thema: Die Erringung der politischen Macht, gesprochen wurde. Die stark besuchten Versammlungen sollten mit Demonstrationszügen nach dem Rathause ihren Abschluß finden. Die Züge wurden in der Nähe der Versammlungslokale durch Sicherheitspolizei zerstreut. Zu blutigen Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Eine Anzahl Rädelsführer wurde verhaftet. Ein Polizist wurde verprügelt, ein Oberleutnant durch Messerstiche schwer verletzt.

Frankreichs Kohlenerpressungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Einer der wichtigsten Punkte, mit dem die Franzosen am Jahresende auf die Nichterfüllung des Spaer Abkommens hingewiesen hatten und mit Repressalien drohten, ist von der Reparationskommission fallengelassen worden. Wie wir von amtlicher Seite erfahren, hat die Reparationskommission mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten, die Deutschland einerseits mit dem niederen Wasserstand des Rheines, andererseits mit dem sich am Jahresende stets fühlbar machenden Mangel an Wagenmaterial geltend gemacht hatte, Deutschland zugestanden, daß die rückständigen 200 000 Tonnen Kohlen in den Monaten Februar und März, natürlich außerhalb der Normallieferung, nachgeliefert werden können. Andererseits wird ein Vorschlag über die neue Lieferung nach Ablauf des Spa-Abkommens dahin gemacht, daß monatlich 2,2 Millionen Tonnen geliefert werden sollen. Wenn deutscherseits auf die Transportschwierigkeiten hingewiesen werden sollte, so schlägt die Reparationskommission vor, die Rückstände sollten am Lagerplatz der Kommission zur Verfügung gestellt und als geliefert anerkannt werden.

Staatssekretär **Bergmann** wies in Paris darauf hin, daß wir nicht imstande wären, von dem Standpunkt, den wir im Spa-Abkommen zu unserer Leistungsfähigkeit eingenommen hätten, abzukommen. Dann wies er auf die Lage der deutschen Metall-, Textil- und chemischen Industrie hin, die sich auf Braunkohlenbewirtschaftung habe umstellen müssen. Auch die Ernährungslage der Bergarbeiter sei noch immer ungünstig. Französischerseits sind Bestrebungen im Gange, entgegen den Zusagen von Spa unsre Kohlenlieferungen aus Oberschlesien zu kürzen. Ferner besteht keine Neigung mehr, die Vorschüsse und die Goldmarkprämie, die zur Anschaffung von Brotgetreide verwandt wird, weiter zu zahlen. Deutscherseits wird man versuchen, die Alliierten davon zu überzeugen, daß die neuen Forderungen weit über Mögliches hinausgehen.

Oesterreich und Westungarn

Nach privaten Mitteilungen erklärte Bundeskanzler Mayer in der vertraulichen Sitzung des Hauptausschusses, die österreichische Regierung habe von der Entente die Zusicherung erhalten, daß die Uebergabe Westungarns sich vollkommen reibungslos vollziehen werde. In der Debatte wurde Beschwerde darüber geführt, daß starke Truppenansammlungen in Westungarn vorgenommen worden sind, was auch durch folgende Meldung bestätigt wird:

Wien, 6. Januar. An maßgebender Stelle liegen Dokumente darüber vor, daß Ungarn große Truppenteile in Westungarn konzentriert hat, die mit offensiven Zielen gegen Deutschösterreich aufgestellt sind. Insgesamt sind 35 000 Mann unter dem Kommando von 3000 Offizieren konzentriert. Die Budapester Presse, die sonst sehr scharf arbeitet, läßt allen Aufforderungen zum Kriege gegen Deutschösterreich freien Lauf.

Das erwachende Beamtentum

Von W. Kreisel, Oberpostsekretär.

Das deutsche Beamtentum ist in einer gewaltigen inneren Bewegung. Die Erscheinungen, die sich in den letzten Monaten an der bisher so träge sich dahinfließenden Masse der Beamtenschaft offenbarten, stellen alle bisherigen Begriffe von diesem Stande auf den Kopf. Es muß den Leuten, die gewohnt waren alle Dinge, die sich in unseren Zeiten abspielen, von der Warte obrigkeitlicher Anschauung zu betrachten, nicht in den Kopf, daß der Streikgedanke sich innerhalb der Beamtenschaft Bahn bricht. Und doch ist der Streikgedanke nur ein einzelnes äußerlich sichtbares Zeichen von der geistigen Umstellung des deutschen Beamtentums. Das Beamtentum nähert sich in seiner geistigen Umstellung dem Standpunkt des Arbeitnehmertums. Die Beamten haben von den Arbeitern gelernt. Und es besteht alle Hoffnung, daß sie auch weiter von der Arbeiterschaft nicht nur in gewerkschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung lernen werden.

War in früheren Zeiten der Begriff einer Gewerkschaft für die Beamten etwas, was nur aus der Ferne mit einer gewissen Abneigung betrachtet wurde, so sieht man heute, daß bei allen Beamtenorganisationen das Bestreben besteht, zu einer Gewerkschaft zu werden. Darauf deuten nicht nur die Namen der Verbände: Eisenbahn-Gewerkschaft usw. hin, darauf weist auch die Tendenz, sich zu immer größeren Organisationen zusammenzuschließen, um eine Macht darzustellen. Der neugebildete Postgewerkschaftsbund ist dafür ein praktisches Beispiel. Die Beamten betonen damit ihre Organisationen rein äußerlich in Parallele zu den Gewerkschaften der Arbeiter. Die Haltung der Regierung in Besoldungs- und andern Fragen [illegible] hat [illegible] im Beamtenkörper einen gewissen Radikalismus [illegible], der nach Betätigung drängt und gleichzeitig nach neuen Erscheinungsformen sucht. Der Veredelungsprozeß schreitet [illegible] im Beamtentum schnell vorwärts. Die sozialen Gegensätze, die nach dem Kriege schärfer als je in die Erscheinung getreten sind, haben auch die Beamten nicht unberührt gelassen. Auf der einen Seite sieht der Beamte das Prasser- und Schlemmertum großer Volkskreise, das in den Enthüllungen über die Zustände in Berliner Hotels so recht deutlich seinen Ausdruck fand, auf der andern Seite muß er Regierungspräsidenten erklären, daß Kinder seiner Beamten seit langem ohne Hemd zur Schule gehen. Auf der einen Seite Millionengewinne, auf der andern Mangel an Mitteln, um das Notwendigste kaufen zu können.

Der Arbeitgeber des Beamten ist der Staat. Der Staat aber ist das Volk. Zum Volk gehören aber gleichzeitig jene Wucherer und Schieber, jene jene Verbindlichkeiten und Schiebertum, aber auch [illegible] darbende Beamte und Arbeiter. Der Beamte hat in den Schützengräben den Arbeiter als [illegible] und treuen Kameraden achten und schätzen gelernt. Er hat aber auch Aristokratie und Obrigkeit von ihrer nacktesten menschlichen Seite gesehen und damit die Scheu vor beiden Menschenklassen verloren. Und dem Beamten will es nun nicht mehr in den Kopf hinein, daß er mit dem Arbeiter hungern und darben soll, während jene andern Kreise mit der frechen Menschenverachtung, die bereits vor dem Kriege ein Merkmal der besitzenden Klasse war, achtlos an ihrer Not vorbeigehen. Der Beamte sieht das Geld, das ihm fehlt zur Fristung seines Lebens und der Linderung der Not seiner Familie, buchstäblich auf der Straße liegen. Er sieht es in Strömen Sekt vergeudet. Er sieht es in kostbaren Kleidern und Pelzen verschwendet, er sieht es in Hotels verschlemmt, in Dielen und Bars verjubelt. Das Geld, das dem Staat gehören müßte, das der Staat beschlagnahmen müßte, sieht er nutzlos verrinnen, während seine Familie bittere Not leidet und während jene herzzerreißenden Plakate „Kinder in Not" an allen Enden das grauenvolle Elend eines ganzen Volkes in die Welt schreien.

Alle diese Erscheinungen gehen nicht spurlos an dem Beamtentum vorüber. Der deutsche Beamte, der im Kriege den Begriff „Volk" kennen gelernt hat, der die ganze Not mit tragen muß, die der unselige Krieg über dieses Volk heraufbeschworen hat, lernt denken. Er fängt an, sich mit darüber den Kopf zu zerbrechen, wie wir unsre Schuldenlast verringern können, wie wir das Leben des ganzen Volkes erträglich gestalten können, und wo wir die Mittel dazu hernehmen sollen, kurz, der Beamte beginnt sich mit dem Problem der Güterverteilung zu befassen. Wohin ihn das führt, das wissen wir Sozialisten am besten. Noch sehen wir in Beamtenkreisen [illegible] Dutzende von Drahtziehern, die darauf hinzielen, ohne den Sozialismus die Güterverteilung zu regeln. Aber mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß alle jene „[illegible] unfehlbaren Vorschläge", mögen sie sich nun mit der Drosselung der Zinsknechtschaft oder mit einer Bodenreform befassen, nicht dahin führen, das deutsche Volk von dem ganzen Elend zu befreien, in das es eine kapitalistische Wirtschaftsweise hineingebracht hat. Das deutsche Beamtentum nähert sich in seiner Denkweise mehr und mehr dem reinen Arbeitnehmerstandpunkt. Es lernt erkennen, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die „Expropriation der Expropriateure" notwendig ist, um der Gesellschaft die Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um wirklich soziale Reformen durchzuführen und um auch den Beamten ein anständiges Dasein zu gewährleisten.

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210106/1

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG